

BZ BERNER ZEITUNG

BZBERNERZEITUNG.CH



Tochter in der SP, Mutter in der FDP

Vanessa Legler und ihre Mutter Bettina politisieren in Muris Parlament – mit unterschiedlichen Ansichten. **2**



Ungewöhnlicher YB-Goalie

Dario Marzino ist seit Jahren im Kader, absolviert hat er erst eine Partie. **17**

AZ Bern, Nr. 260 | Preis: CHF 4.90 (inkl. 2,6% MwSt.)

AUSGABE STADT + REGION BERN



Heute 7°/11°
Über dem Nebel gibt es trotz Schleierwolken recht viel Sonnenschein.



Morgen 7°/9°
Es bleibt unten grau und oben blau, die Grenze liegt auf rund 1300 Metern.

Seite 30

Berner Gewerbe fordert mehr Onlinelösungen wie Taxme

KMU-Umfrage Die kleinen und mittleren Unternehmen im Kanton Bern klagen über die zunehmende Bürokratie. Sie wünschen sich mehr Lösungen wie die Software Taxme der Steuerverwaltung.

Julian Witschi / sny

Bürokratie vor Fachkräftemangel. So lautet die neue Hierarchie der Hauptsorgen der Berner Unternehmen. Das zeigt eine Umfrage der kantonalen Wirtschaftsverbände. Befragt wurden 734 kleinere und mittlere Unter-

nehmen (KMU). 66 Prozent von ihnen gaben an, dass sie mit der Bürokratie zu kämpfen haben. Der Fachkräftemangel liegt mit einer Häufigkeit der Nennungen von 61 Prozent neu auf Platz zwei der Sorgen. An Bedeutung gewann auch der Umgang mit der künstlichen Intelligenz. Dieses

Thema liegt auf dem dritten Platz der Sorgenrangliste.

Auch die Entwicklung läuft in den Augen der Berner KMU in die falsche Richtung: Die von den Behörden verursachte Bürokratie hat aus Sicht der befragten Firmen im Kanton Bern in den letzten Jahren klar zugenommen.

Ein Teil der Befragten wünscht einfach funktionierende Onlinelösungen, wie es diese zum Beispiel mit Taxme für die Steuererklärung gibt. Dies insbesondere auch für öffentliche Aufträge. In diesem Bereich bestehe das Problem darin, dass die Unternehmen bei der Teilnahme an ei-

ner öffentlichen Ausschreibung immer mehr Nachweise erbringen müssten.

Immerhin: Trotz der im wichtigen Exportmarkt Deutschland schwächelnden Konjunktur sind die meisten der befragten Unternehmen mit der Geschäftsentwicklung zufrieden. **Seite 3**

Heute

Wer kann Kruit noch schlagen?

Stadt Bern Laut der Umfrage dieser Zeitung wollen 44 Prozent der Befragten SP-Gemeinderätin Marieke Kruit als Stadtpräsidentin wählen. Da stellt sich die Frage, ob es zu einem zweiten Wahlgang kommen wird. **Seite 4**

Treuhand Gerber ist am Ende

Immobilienbranche Auf die Entlassungen folgt die Pleite: Die Liegenschaftsverwalterin Treuhand Gerber aus Herzogenbuchsee hat ihre Tätigkeit abrupt eingestellt. Unklar ist, wie gross der finanzielle Scherbenhaufen ist. **Seite 5**

Die Hintere Schmiedenmatt geht zu

Oberaargauer Jura Die heutigen Pächter der Alp Hintere Schmiedenmatt wollen unter dem bisherigen Präsidenten nicht mehr weitermachen. Deshalb geht die Bergwirtschaft wohl schon Ende November zu. **Seite 6**

Kathrin Bertschy verliert vor Gericht

Justiz Die Berner Nationalrätin muss laut Bundesgericht einen Teil der Mutterschaftsentschädigung zurückzahlen. Sie hatte vor Ende ihres Mutterschaftsurlaubs wieder am Ratsbetrieb teilgenommen. **Seite 8**

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben gewählt

USA Nach einem gehässigen Wahlkampf haben die US-Bürgerinnen und -Bürger in der Nacht auf heute ihre Wahlzettel abgegeben. Auf unserer Website finden Sie laufend die neusten Entwicklungen und Resultate. (red) **Seite 15**

Foto: Sarah Yenesel (EPA)



Mit Albert Rösti auf der Autobahn

Abstimmung Am 24. November stimmt die Schweiz über sechs Autobahnausbauprojekte ab, die 4,9 Milliarden Franken kosten. Wir waren mit Bundesrat Albert Rösti auf der A1 unterwegs. Rösti setzte sich zum ersten Mal ans Steuer «seiner» Bundesratslimousine. Und sagte: «Ich will nicht das Gesicht der Schweiz verändern.» (red) **Seite 9**

Die Wut nach der Flut wächst

Spanien Die Unwetter forderten über 200 Todesopfer, viele Menschen gelten als vermisst, die Aufräumarbeiten gehen nur schleppend voran. Die Wut der Spanier wächst. In den sozialen Netzwerken äussern zahlreiche Personen ihren Frust über das Katastrophenmanagement der Regierung. (red) **Seite 14**

ANZEIGE

THÖMUS HERBST SALE

6.-9. NOVEMBER 2024
OBERRIED BEI KÖNIZ



THÖMUS
SWISS MADE TO FASCINATE



Berner Zeitung Dammweg 9, 3001 Bern
Abo-Service 0844 844 466 (Lokaltarif)
oder online unter contact.bernerzeitung.ch

Inserate 044 248 40 30,
inserate@bernerzeitung.ch
oder online unter adbox.ch

Redaktion
Zentrale Bern 031 330 31 11
Redaktion Bern 031 330 33 33

Redaktion Burgdorf 034 409 34 34
Redaktion Langenthal 062 919 44 44
redaktion@bernerzeitung.ch

Briefe an die Redaktion
bernerzeitung.ch/leserbriefe

Todesanzeigen **24** Briefe an die
Kinos **26** Redaktion **30**
Unterhaltung **29** TV/Radio **31**

Formularflut treibt das Gewerbe um

Berner KMU-Barometer Umweltschutzaufgaben erfüllen, Lohnstrukturerhebungen machen oder Datenschutznachweise erbringen: Bei den bernischen Unternehmen steigt der Bürokratiefrust.

Julian Witschi

Die Behördenbürokratie hat aus Sicht der kleinen und mittelgrossen Unternehmen (KMU) im Kanton Bern in den letzten Jahren klar zugenommen. In einer Umfrage des Gewerbeverbands Berner KMU sagen 36 Prozent, die Bürokratie sei stark gestiegen. Für weitere 40 Prozent hat sie eher zugenommen. Befragt wurden für das am Mittwoch veröffentlichte KMU-Barometer 734 Betriebe.

Bei den dominierenden Themen liegt die Bürokratie neu an erster Stelle. 66 Prozent gaben an, sie hätten damit zu kämpfen. Der administrative Aufwand verdrängte dabei den Fachkräftemangel (61 Prozent) von Platz 1. An Bedeutung gewann auch der Umgang mit der künstlichen Intelligenz. Dieses Thema beschäftigt 57 Prozent der KMU und liegt damit auf dem dritten Platz.

Bringt Unternehmungen keinen Mehrwert

An der Bürokratie kritisieren die KMU besonders die Zunahme bei den Bewilligungsverfahren sowie beim Ausfüllen neu geschaffener Formulare. Stellvertretend zitiert der Gewerbeverband im KMU-Barometer die Aussage von Patrick Balmer, Inhaber und Geschäftsführer der Carrosserie Spiez AG: «Wir müssen regelmässig Statistiken, Belege oder Abrechnungen liefern.» Trotz leistungsfähiger IT-Systeme koste dies viel Zeit. Zeit, die dem Unternehmen keinen Mehrwert bringe, aber dann zum Beispiel in der Lehrlingsausbildung fehle.

«Besonders bei Statistiken für Daten über Ökologie, Lohngleichheit oder Arbeitssicherheit müssen Lösungen gefunden werden, um die Unternehmen zu entlasten», fordert Balmer. Auch die neue Datenschutzverordnung und immer häufiger auch statistische Erhebungen und Umfragen nähmen bei einem KMU viel Zeit in Anspruch, mo-



Patrick Balmer hat immer mehr Aufwand für das Ausfüllen von Formularen zu Ökologie, Lohngleichheit oder Arbeitssicherheit. Diese Zeit könnte der Unternehmer in seiner Carrosserie in Spiez besser nutzen. Foto: Patric Spahni

niert Hans Ruedi Minder von Fischer Electric in Biel.

Einfache Onlinelösungen gefordert

Um dem steigenden Aufwand zu begegnen, wünscht sich Holzbaunternehmer Peter Haudenschild aus Niederbipp simplere Onlinelösungen – wie es sie zum Beispiel mit Tax Me für die Steuererklärung längst gibt. Dabei denkt er insbesondere an öffentliche Aufträge: «Gerade der Kanton Bern neigt dazu, alles regulieren zu wollen. Immer mehr Vorschriften, insbesondere im Beschaffungswesen, führen zu einer Flut an Nachweisen, die wir schon für ein einfaches Angebot erbringen

müssen», kritisiert Haudenschild. Es sei keine Überraschung, dass deshalb oft nicht genügend Angebote eingereicht würden.

Baubewilligungsverfahren würden zum Spiessrutenlauf, auch beim Brandschutz werde es jedes Jahr schlimmer, niemand könne abschätzen, wie lange es dauere, bis eine gültige Bewilligung vorliege. So lauten weitere Aussagen.

Digitalisierte und zentralisierte Verwaltungsplattformen sollten helfen, Abläufe zu beschleunigen und den administrativen Aufwand zu reduzieren. Bala Trachsel, Chefin der Berner Werbeagentur Republica, sagt, aktuell sehe sie viele Entscheide, die

sich ums Verhindern drehen würden. Dabei sei das Machen viel notwendiger.

Geschäfte der Berner KMU laufen bestens

Die Umfrage zeigt allerdings auch, dass die Berner KMU trotz Bürokratiefrust die Investitionslust nicht verloren haben, im Gegenteil. Der Anteil der Unternehmen, die ihre Investitionen stark gesteigert haben, ist von 31 Prozent im letzten Jahr auf 36 Prozent gestiegen. Investiert haben die befragten Firmen demnach vor allem in die hauseigene Informatik und die Mitarbeitenden.

Generell ist die Stimmung bei den Berner KMU gut, die Gewin-

ne sprudeln. Drei von fünf KMU (60%, unverändert zum Vorjahr) beurteilen ihre Stimmung aktuell als gut oder gar sehr gut. Nachdem 2023 fast alle Finanzkennzahlen rückläufig waren, verzeichnen die KMU im Schnitt wieder einen leichten Anstieg. Gewinne und Umsätze haben verbreitet zugenommen. Konkrete Zahlen sind der KMU-Umfrage indes nicht zu entnehmen.

Für die Umfrage wurden die Mitglieder des Gewerbeverbands Berner KMU, des Berner Arbeitgeberverbands und des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern online befragt. Das Berner KMU-Barometer wird seit 2020 jährlich erhoben.

Polizei droht mit Internetfahndung

Nach Gewaltdelikt in Bern Am 12. April war es im Milchgässli beim Bahnhof Bern zu einer Auseinandersetzung gekommen, bei der ein Mann verletzt wurde. Die Kantonspolizei Bern leitete Ermittlungen ein, in deren Rahmen auch ein Zeugenauftrag publiziert und Videomaterial ausgewertet wurde. Aufgrund des Videomaterials konnten zwei mutmassliche Täter bezeichnet, jedoch vorerst nicht identifiziert werden.

Nun haben die Behörden eine dreistufige Öffentlichkeitsfahndung verfügt. Sollten innert Wochenfrist keine Hinweise zur Identität der zwei an der Körperverletzung beteiligten Täter eingehen, werden am 12. November in einem ersten Schritt deren verdeckte Fotos publiziert. Falls dies nicht zur Identifikation der mutmasslichen Täter führt, werden eine Woche später die unverpixelten Bilder veröffentlicht.

Die Tatverdächtigen oder Personen, die Hinweise zur Identität der mutmasslichen Täter geben können, ruft die Polizei auf, sich zu melden: 031 638 81 11. (PD)

Fernunterricht wegen Drohung

BFF Bern Wegen einer Drohung blieben alle Standorte der Berufsfachschule (BFF) in Bern gestern geschlossen, die rund 3000 Schülerinnen und Schüler erhielten Distanzunterricht. Grund war eine Drohung, wie eine Sprecherin der Kantonspolizei Bern auf Anfrage einen Bericht von «20 Minuten» bestätigte. Demnach hatte die Schule aufgrund der Drohung eine Mail an die Lernenden, die Lehrkräfte und die weiteren Mitarbeiter der Schule verschickt und die temporäre Schliessung aller 20 Standorte angekündigt.

Zur Art und zur Urheberschaft der Drohung und zu polizeilichen Massnahmen machte die Polizei aus ermittlungstaktischen Gründen keine Angaben. Anhand der aktuellen Lagebeurteilung besteht nach Angaben der Polizei keine Gefahr für den weiteren Schulbetrieb. Der Präsenzunterricht wird heute wieder aufgenommen, wie ein Sprecher der kantonalen Bildungsdirektion sagte. (aub)

Bern verzichtet auf Sicherheitschecks für chinesische Studierende

Spionage Die ETH schliesst Studierende bei Verdacht aus. Die Uni Bern sieht hingegen keinen Handlungsbedarf.

Die ETH verschärft den Zugang für ausländische Studierende. Seit Ende Oktober führt die Hochschule bei Studierenden aus 23 Risikoländern eine Sicherheitsprüfung durch. Die Universitätsleitung möchte damit verhindern, dass die Hochschule zum Opfer ausländischer Spionage wird.

Unter anderem Studentinnen und Studenten aus China, Russland, Pakistan und dem Iran unterliegen der Sicherheitsprüfung. Die chinesische Botschaft zeigte sich «schockiert und hofft, dass die ETH Zürich die falschen Praktiken so schnell wie möglich korrigiert».

Viele Fachgebiete, die an der Technischen Hochschule unterrichtet werden, betreffen sogenannte Dual-Use-Technologien. Diese können sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden – betroffen sind Gebiete wie der

Maschinenbau oder die Raumfahrt.

Keine Sicherheitsprüfung an Uni und Fachhochschule

Bei der Universität Bern verzichtet man auf derartige Kontrollen. «Es werden keine generellen Sicherheitsprüfungen durchgeführt», sagt Mediensprecherin Birgit Bucher. Die Abteilung Zulassung, Immatrikulation und Beratung prüfe nur allgemeine Zulassungsbedingungen wie das Sprachniveau und die Vorbildung. Einschränkungen bezüglich Nationalität oder Herkunftsland der Bewerbenden gebe es nicht.

Auch an der Uni Bern wird teilweise an potenziell sicherheitsrelevanter Technologie geforscht, beispielsweise im Physikalischen Institut oder in der Weltraumforschung. Ob die Hochschulleitung Handlungs-

bedarf sieht, denkbare Spionageziele besser zu schützen, lässt sie auf Anfrage offen. «Die Uni Bern überprüft laufend, wie sie den sicherheitsmässigen Anforderungen noch besser gerecht werden kann», sagt Bucher.

Im Herbstsemester 2023 studierten insgesamt 187 chinesische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger an der Universität Bern, zudem waren Ende 2023 zwei Assistenzprofessuren durch Personen aus China besetzt. Deutlich weniger als an der ETH, wo letztes Jahr 1362 Chinesinnen und Chinesen studierten und doktorierten.

Auch die Berner Fachhochschule (BFH) führt keine vergleichbaren Sicherheitschecks durch: Man sensibilisiere die Dozierenden, die im Rahmen von Austauschprogrammen an ausländischen Hochschulen tätig seien, sagt Mediensprecher Ro-

bert Reineke. «Ihnen wird ein verantwortungsvoller Umgang mit Forschung und der Schutz sensibler Informationen vermittelt», so Reineke. Der «zunehmenden Internationalisierung» begegne die Hochschule mit «Sensibilität und wachsamem Blick».

Verschiedene Formen von Spionage

Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) schreibt auf Anfrage: «Es ist Sache der Universitäten und Hochschulen, ihre Zulassungsbedingungen selbst zu regeln.» Er führt seit 2004 das Sensibilisierungsprogramm «Prophylax» bei Bildungsinstitutionen durch.

In einer Publikation im Rahmen dieses Programms schilderte der NDB Fallbeispiele, wie Spionage aussehen kann, oder den Fall eines Physikprofessors.

2014 wurde ein ausländischer Physiker verhaftet, der an einer niederländischen Universität forschete. Er wurde verdächtigt, einem russischen Auslandsheimdienst bei monatlichen Treffen vertrauliche Forschungsinhalte gegen Geld verraten zu haben.

Ein anderer Physikprofessor, der für die Europäische Weltraumorganisation arbeitet, stellte eine chinesische Forscherin ein. Sie gab an, von der chinesischen Akademie der Wissenschaften zu kommen. In einem sozialen Netzwerk trat sie jedoch im Zusammenhang mit einer militärischen Forschungseinrichtung und einem Artikel über Antisatellitenwaffen auf. Der Professor wurde misstrauisch und löste die Zusammenarbeit mit der chinesischen Forscherin auf.

Sarah Buser

Erfolg in Tarifstreit mit der Elcom

Urteil Bundesverwaltungsgericht In einem seit Jahren dauernden Rechtsstreit hat das Bundesverwaltungsgericht einen Entscheid gefällt: Der Energieversorger Energie Wasser Bern (EWB) durfte in den Jahren 2009 und 2010 die abgelieferten Gewinne an die Stadt Bern dem Energietarif zuschlagen, wie aus einem Urteil hervorgeht.

Das Bundesverwaltungsgericht ist zum Schluss gelangt, dass das EWB-Reglement die Grundlage für die Gewinnerzielung sei und eine Abgabe spezifisch auf dem Tarifbestandteil der Energie vorsehe.

Die Elcom vertrat den Standpunkt, dass die Gewinnablieferung an die Stadt nicht als Abgabe auf dem Energietarif von 2009 und 2010 erhoben werden dürfe und die daraus entstehende Überdeckung den Endverbrauchern in der Grundversorgung über die künftigen Energietarife zurückzuerstatten sei. (SDA)